https://strategic-culture.su/news/2026/11/06/golden-age-over-but-trump-hasnt-lost-his-war-yet/

Das goldene Zeitalter ist vorbei, doch Trump hat seinen Kampf noch nicht verloren

Die Tragödie von zwei Jahren gebrochener Versprechen ist mit einem eindeutigen Urteil zu Ende gegangen.



6. November 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Ein Versprechen, das sich in 22 Monaten erfüllt hat

Am 20. Januar 2025 verkündete Donald Trump vom Rundsaal des Kapitols aus dem amerikanischen Volk, dass in diesem Moment das goldene Zeitalter des Landes beginne. 22 Monate später zeigte dieses Versprechen sein wahres Gesicht: eine orangefarbene, mit Slogans aufgeblähte Blase, die in der Nacht des 3. November 2026 mit einem Knall platzte, den nur wenige – selbst unter den schärfsten Kritikern des Präsidenten – vorausgesehen hatten.

Die Demokraten errangen die Kontrolle über beide Kammern des Kongresses. Das politisch gesehen bedeutendste Ergebnis wurde im Senat erzielt, da dort der Ausgang der Wahl von Beginn an so gut wie entschieden schien. Schon zu Beginn des Wahlzyklus hielten unabhängige Beobachter die Rückeroberung der Kontrolle über den Senat für ein schweres Unterfangen: Die Republikaner verfügten über eine Mehrheit von 53 zu 47 Sitzen, und nur zwei ihrer Sitze galten als wirklich umkämpft. Das Ergebnis übertraf diese Erwartungen bei weitem. Die Demokraten gewannen Sitze in Texas, South Carolina, Kansas, Maine, Iowa, Ohio und North Carolina und verteidigten ihre gefährdeten Sitze in Michigan, Georgia und New Hampshire; Prognosen von ABC News – bei noch nicht abgeschlossener Auszählung und noch ausstehender Sitzvergabe für Mississippi und Alaska – weisen ihnen 54 Sitze zu (Stand: Vormittag des 4. November). Im Repräsentantenhaus wird die demokratische Mehrheit auf mindestens 245 von 435 Sitzen geschätzt.

Wir erleben nicht den üblichen Rückgang für die Partei des Präsidenten bei den Zwischenwahlen – den Trump selbst im Januar mit einer Mischung aus Verärgerung und Aberglauben angedeutet hatte. Wir erleben einen Bruch, den wir als geografisch bezeichnen können.

Das ländliche und tief verwurzelte Amerika – jener Teil des Landes, der bis vor zwei Jahren nicht einmal daran gedacht hätte, gegen ihn zu stimmen – hat ihm die Tür vor der Nase zugeschlagen. Es war die Stimme des Durchschnittsbürgers, dem Wohlstand versprochen wurde, der aber letztendlich mit höheren Preisen, einem fernen und kostspieligen Krieg und einem Präsidenten konfrontiert wurde, der sich vor allem damit beschäftigt, über sich selbst zu sprechen.

Um die Bedeutung des Wahlergebnisses einzuschätzen, sollte man am besten mit den Ausnahmen beginnen, denn hier sind die Ausnahmen zur Regel geworden.

In **South Carolina** besiegte die Demokratin Annie Andrews die republikanische Senatorin Darline Graham mit rund 50,6 Prozent der Stimmen gegenüber 47,2 Prozent. Sie ist die erste Demokratin seit 1998, die eine landesweite Wahl zum Senat oder zum Gouverneursamt gewonnen hat, und sie wird die erste Frau sein, die in der Geschichte des Bundesstaates in den Senat gewählt wird. Dieser Fall ist in doppelter Hinsicht aufschlussreich. Darline Graham hatte nach dem plötzlichen Tod ihres Bruders Lindsey Graham am 11. Juli durch Ernennung durch den Gouverneur im Senat gesessen und sich die Nominierung dank Trumps direkter Unterstützung gesichert; zwei Wochen vor der Wahl war er nach South Carolina zurückgekehrt, um für sie Wahlkampf zu betreiben. In Myrtle Beach prägte der Präsident am 21. August bei einer Kundgebung für sie den Satz, der seinen Wahlkampf prägen sollte: Er forderte die Wähler auf, so zu tun, als stünde sein Name auf dem Stimmzettel. Der Bundesstaat, in dem dieser Slogan geboren wurde, ist auch derjenige, der ihn als Erster widerlegt hat.

In **Texas** besiegte James Talarico, ein 37-jähriger ehemaliger Mittelschullehrer und Abgeordneter aus Austin, Generalstaatsanwalt Ken Paxton. Seit 1988 hatte kein Demokrat mehr eine Senatswahl in Texas gewonnen; die demokratische Kandidatin Gina Hinojosa entriss Greg Abbott zudem den Gouverneursposten. Die Zahlen sprechen eine deutlichere Sprache als Slogans: Talarico kam auf rund 55 Prozent der Stimmen gegenüber Paxtons 43 Prozent, während Trump vor zwei Jahren den Bundesstaat noch mit einem Vorsprung von fast vierzehn Prozentpunkten gewonnen hatte. Die Nettoverschiebung beträgt mehr als 25 Prozentpunkte, und in den Grenzbezirken des Rio Grande Valley – genau jenen, die 2024 als Beweis für die Hinwendung der hispanischen Bevölkerung zum Trumpismus angeführt worden waren – sind die Vorsprünge der Demokraten wieder auf ein Niveau zurückgekehrt, das längst der Vergangenheit anzugehören schien.

In **Kansas** besiegte der methodistische Pfarrer Adam Hamilton – Pastor der größten Gemeinde der United Methodist Church in den Vereinigten Staaten und selbsternannter Zentrist – den amtierenden Senator Roger Marshall, einen überzeugten Befürworter der Agenda des Präsidenten, mit etwa 51 Prozent zu 46 Prozent. Seit 1932 – also seit fast einem Jahrhundert – hatte Kansas keinen Demokraten mehr in den Senat entsandt. Im Vergleich zur Präsidentschaftswahl 2024 hat sich der Staat um etwa einundzwanzig Prozentpunkte in Richtung der Demokraten verschoben. Eine Verschiebung dieser Größenordnung lässt sich nicht allein durch die Vororte von Kansas City erklären. Sie muss sich zwangsläufig auch auf die landwirtschaftlich geprägten Bezirke der Great Plains ausgeweitet haben – also auf das soziologische Herzstück der republikanischen Wählerschaft.

Schließlich besiegte in **Michigan** der Demokrat Abdul El-Sayed den ehemaligen Kongressabgeordneten und ehemaligen FBI-Agenten Mike Rogers. Der 42-jährige Arzt und ehemalige Gesundheitsbeauftragte von Detroit wird der erste Muslim sein, der im US-Senat sitzt. Er gewann mit einem offen progressiven Wahlprogramm in einem Bundesstaat, den Trump zweimal für sich entschieden hatte, gegen einen Gegner, der fast alles auf seine angebliche Entfremdung von den Werten der Wählerschaft im Mittleren Westen gesetzt hatte. Die symbolische Bedeutung liegt auf der Hand; die politische Bedeutung ist sogar noch größer, denn sie zeigt, dass das Schüren von Ängsten gegenüber einem Kandidaten nicht mehr ausreicht, um die Unzufriedenheit mit den Machthabern auszugleichen.

„Stellt euch vor, mein Name stünde auf dem Stimmzettel“

Trump führte diesen Wahlkampf als Volksabstimmung über seine Person. Er hielt 28 Wahlkampfveranstaltungen ab, alle in überwiegend republikanischen Bundesstaaten, und forderte die Wähler wiederholt auf, so zu wählen, als stünde sein Name auf dem Stimmzettel. Die Amerikaner nahmen ihn beim Wort. Die Wahl am 3. November war genau das, was er sich gewünscht hatte: ein Urteil über ihn persönlich und über seine zwei Jahre im Amt. Das Urteil steht fest, und es war eine Ablehnung.

Eine Tatsache ist bemerkenswert – und wenn man den Mann kennt, war dies keineswegs eine ausgemachte Sache. Diesmal schrie Trump nicht „Betrug“; er erklärte sich bereit, das Ergebnis zu akzeptieren, gratulierte seinen Gegnern und beschränkte sich darauf zu argumentieren, dass die Republikaner einen Erdrutschsieg errungen hätten, wäre er tatsächlich der Kandidat gewesen. Der Unterschied zu 2020 ist eklatant. Die einfachste Erklärung ist zugleich die wahrscheinlichste: Die Niederlage war so vernichtend, so landesweit verbreitet und so gut dokumentiert, dass jede alternative Darstellung unhaltbar ist. Selbst ein Führer, der sich selbst zum Mittelpunkt von allem gemacht hat, weiß, dass es eine Grenze gibt, jenseits derer Propaganda nicht mehr wirkt und ihn stattdessen lächerlich erscheinen lässt.



Was jedoch bleibt, ist der Reflex des gekränkten Kindes, das seinen Ball mit nach Hause nimmt. Eine Stunde, nachdem er von Zusammenarbeit gesprochen hatte, postete Trump das Bild einer roten Kappe mit einem einzigen Wort: „VETO“ – alles, was der neue Kongress verabschiedet und was ihm nicht gefällt, wird mit einem Veto belegt. Die Botschaft ist klar: In den letzten zwei Jahren seiner Amtszeit wird es nicht um Regieren, sondern um Blockieren gehen.

Das ist keine leere Drohung. Um ein Veto des Präsidenten zu überstimmen, ist eine Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern erforderlich, und mit etwa fünfzig Sitzen im Senat sind die Demokraten weit von der Schwelle von siebenundsechzig Stimmen entfernt. Die Folge ist mit ziemlicher Sicherheit eine Lähmung der Gesetzgebung: Der Kongress wird Gesetze verabschieden können, der Präsident wird sie blockieren können, und keiner von beiden wird die Kraft haben, sich gegen den anderen durchzusetzen. Die neue Mehrheit verfügt zwar weiterhin über wirksame Instrumente wie Untersuchungsbefugnisse, die Kontrolle über Bestätigungsverfahren im Senat und vor allem den Haushaltshebel, doch handelt es sich dabei um Instrumente der Zurückhaltung, nicht der Regierungsführung.

Im Bereich der Außenpolitik sieht es für den Kongress noch weniger rosig aus. Die Verfassung räumt dem Kongress formal die Befugnis ein, Krieg zu erklären und ihn zu finanzieren, und die „War Powers Resolution“ von 1973 sollte die Anwendung von Gewalt wieder unter die Kontrolle des Kongresses bringen. In der Praxis jedoch haben Präsidenten seit dem Koreakrieg Kriege ohne Kriegserklärung geführt, und der Kongress hat fast immer – durch die Bereitstellung von Finanzmitteln – bereits getroffene Entscheidungen nachträglich ratifiziert. Eine Resolution, die den Abzug von Truppen vorschreibt, kann wiederum durch ein Veto blockiert werden. In der Praxis verfügt Trump daher weiterhin über einen sehr großen internationalen Handlungsspielraum, und ein Präsident, der im Inland nichts mehr zu verlieren hat, könnte versucht sein, im Ausland das zu suchen, was ihm im eigenen Land verwehrt wurde.

An dieser Stelle wird eine Wahlniederlage zu einer geopolitischen Frage. Der Krieg mit dem Iran, der Ende Februar mit dem gemeinsamen Angriff der USA und Israels begann, ist nie wirklich zu Ende gegangen: Waffenstillstände, erneute Luftangriffe und zeitweise Verhandlungen. Anfang Oktober berichtete die amerikanische Presse, dass das Pentagon Optionen für die Wiederaufnahme groß angelegter Operationen vorbereite, wobei drei Flugzeugträger in die Region unterwegs seien und Pläne bestünden, Irans Raketen- und Drohnenarsenal sowie dessen Energieinfrastruktur anzugreifen. Denselben Quellen zufolge hatte Trump in den vorangegangenen Monaten fünf Vorschläge für groß angelegte Operationen abgelehnt. Andere Gerüchte, die nie bestätigt wurden, schrieben seinen Beratern die Überzeugung zu, dass der beste Zeitpunkt für einen Angriff erst nach den Zwischenwahlen und nicht davor kommen würde.

Die Gefahr eines verzweifelten letzten Angriffs ist daher sehr real. Und genau darin liegt eine bittere Ironie. Heute sind wir gezwungen, auf den gesunden Menschenverstand des Militärs zu hoffen, damit im Nahen Osten kein weiterer Krieg ausbricht. Allerdings müssen wir genau unterscheiden, welche Militärvertreter wir damit meinen. Nicht die politische Führung des Kriegsministeriums, die unter Pete Hegseth die Einsätze in der Region ausweitete, obwohl der Präsident bereits erwog, den Konflikt für beendet zu erklären, sondern die fachliche Führung der Streitkräfte – jene, die den tatsächlichen Stand der Abfangraketenvorräte und die menschlichen Kosten einer neuen Kampagne kennen.

Dass in einer Republik, die auf dem Vorrang der zivilen Autorität gegründet ist, die Hoffnung auf Mäßigung eher bei der militärischen Führung als bei den gewählten Institutionen liegen muss, ist an sich schon ein Symptom einer tiefsitzenden institutionellen Pathologie. Doch so ist die Situation, und es ist am besten, sie ohne Illusionen zu betrachten.

Jeder für sich

Das lehrreichste Schauspiel der kommenden Wochen wird jedoch ein anderes sein: zu beobachten, wie republikanische Abgeordnete, die Trump bis gestern noch vorbehaltlos unterstützt haben, sich nun beeilen, von dem sinkenden Schiff zu springen. Diese Dynamik hatte bereits vor der Abstimmung eingesetzt. Im August wurden sechs vom Präsidenten unterstützte Kandidaten in den Vorwahlen für das Repräsentantenhaus oder das Amt des Gouverneurs geschlagen – doppelt so viele wie in der gesamten ersten Jahreshälfte. Der Präsident kann 2028 nicht zur Wiederwahl antreten, und diese Niederlage läutet faktisch den Wettlauf um seine Nachfolge innerhalb der Republikanischen Partei ein.

In diesem Wettlauf droht die Nähe zu Trump – die bis gestern noch eine Voraussetzung war – zu einem Nachteil zu werden. Wir werden erleben, wie Senatoren, die für jede Nominierung, jeden Zoll und jeden Kriegshaushalt gestimmt haben, sich plötzlich als Hüter der Vorrechte des Kongresses, der Gewaltenteilung und der Haushaltsdisziplin neu positionieren. Wir werden erleben, wie Gouverneure, die ihre Karriere auf der Unterordnung unter den Präsidenten aufgebaut haben, sich als Stimme eines „seriösen“ und „verantwortungsvollen“ Konservatismus präsentieren. Es ist eine Farce, die so alt ist wie die Politik selbst, und es gibt keinen Grund, sich darüber allzu sehr zu wundern. Wenn überhaupt, sollten wir uns daran erinnern, wer was gesagt hat – und wann.

Dennoch wäre es ein Fehler, Trump – und mit ihm den Trumpismus – als politisch am Ende abzuschreiben. Die Zwischenwahlen haben dem Präsidenten einen Rückschlag versetzt; über die Ära nach Trump ist damit noch nicht entschieden. Und innerhalb der Logik der amerikanischen Politik gibt es für die Republikaner eine vollkommen rationale Strategie: die Demokraten die Schuld auf sich nehmen zu lassen.

Die Begründung ist einfach: Mit der Kontrolle über beide Kammern tragen die Demokraten gemeinsam die Verantwortung für alles, was in den nächsten zwei Jahren geschieht – ohne jedoch die Exekutive zu kontrollieren, das heißt, ohne wirklich etwas verändern zu können. Jeder Gesetzentwurf wird durch ein Veto blockiert; jede Haushaltsblockade könnte zu einem Stillstand der Bundesregierung eskalieren; jede Untersuchung des Kongresses könnte als parteipolitische Vergeltungsmaßnahme dargestellt werden. Trump selbst hat dies bereits im Januar vorausgesagt, als er seine Anhänger warnte, dass die Demokraten, sollten sie die Wahl verlieren, „einen Grund“ finden würden, ihn zum dritten Mal anzuklagen. Das Repräsentantenhaus kann ein Amtsenthebungsverfahren mit einfacher Mehrheit beschließen, doch für eine Verurteilung ist eine Zweidrittelmehrheit im Senat erforderlich – eine Hürde, die derzeit unerreichbar ist. Ein zum Scheitern verurteiltes Amtsenthebungsverfahren wäre das willkommenste Geschenk, das die Demokraten den Republikanern machen könnten.

In diesem Szenario verschlechtert sich die Lage des Landes weiter, und die Schuld wird auf diejenigen abgewälzt, die den Kongress kontrollieren. Die Republikaner, befreit von der Last eines Präsidenten, dessen Amtszeit sich dem Ende zuneigt, würden sich 2028 als Alternative zum Chaos präsentieren und einen überwältigenden Sieg erringen. Das ist eine Möglichkeit, keine Gewissheit. Aber sie ist nachvollziehbar, sowohl im Rahmen der Logik der amerikanischen Politik als auch im Zusammenspiel von Strategie und Taktik, das Trump stets praktiziert hat: eine Schlacht zu verlieren, um das Kriegsgebiet zu verlagern.

Die Geschichte liefert Belege für diese Interpretation. Im Jahr 1948 gewann Harry Truman eine Wiederwahl, die bereits als aussichtslos abgeschrieben worden war, indem er gegen den von den Republikanern dominierten „Kongress der Nichtstuer“ Wahlkampf führte. 1996 wurde Bill Clinton wiedergewählt, nachdem sich der Kongress unter Newt Gingrich – der aus den Wahlen von 1994 als Sieger hervorgegangen war – durch die Stilllegungen der Bundesbehörden selbst zermürbt hatte. Im Jahr 2012 sicherte sich Barack Obama nach seiner Niederlage im Jahr 2010 eine zweite Amtszeit. In allen drei Fällen gelang es dem Präsidenten, der bei den Zwischenwahlen abgestraft worden war, einen feindseligen Kongress zum Ziel zu machen.

Genau diese Präzedenzfälle weisen jedoch auch auf die Schwäche dieser Überlegung hin. Truman, Clinton und Obama kandidierten selbst für eine Wiederwahl: Sie konnten direkt aus dem Konflikt

mit dem Kongress Kapital schlagen. Trump ist kein Kandidat für eine Wiederwahl – und kann es auch gar nicht sein. Der Nutzen dieser Strategie würde einem Nachfolger zugutekommen, der gleichzeitig aus dem Erbe des Trumpismus Kapital schlagen und sich gleichzeitig davon distanzieren müsste. Zudem kam es in den Fällen, in denen der Sieg der Opposition bei den Zwischenwahlen mit dem erzwungenen Rücktritt des Präsidenten einherging – wie 2006 bei George W. Bush –, zwei Jahre später zu einem Machtwechsel im Weißen Haus. Auch das Jahr 1998 sollte nicht vergessen werden: Die Republikaner, die Clintons Amtsenthebung anstrebten, verloren Sitze im Repräsentantenhaus und widersetzten sich damit allen historischen Trends.

Der Ausgang wird daher davon abhängen, welcher der beiden Parteien es gelingt, die Deutungshoheit für die nächsten zwei Jahre zu gewinnen. Sollten die Demokraten ihre Mehrheit für Racheakte und Blockadehaltung nutzen, hat die Strategie der Republikaner gute Erfolgsaussichten. Gelingt es ihnen hingegen, dem Land konkrete und nachvollziehbare wirtschaftliche Maßnahmen vorzulegen und Trump damit zu zwingen, populäre Gesetze mit seinem Veto zu blockieren, wird der Präsident den Kürzeren ziehen, und die Schuld wird sich verlagern. Keines der beiden Szenarien ist bereits entschieden.

Die Tragödie ist vorbei, aber die Komödie geht weiter

Für diejenigen, die die USA von außen betrachten – insbesondere aus Europa –, liefert die Nacht des 3. November eine Lehre, die weniger beruhigend ist, als es zunächst scheinen mag. Eine Supermacht mit einem politisch besiegten Präsidenten, der nach wie vor über Kriegsbefugnisse verfügt, ist eine instabile Variable. Hauptstädte, die ungelöste Probleme mit Washington haben – von Teheran über Moskau bis nach Peking –, werden das Wahlergebnis als Zeichen der Schwäche deuten und dazu neigen, bis 2028 abzuwarten; in der Zwischenzeit könnte der Mann im Weißen Haus jedoch beweisen wollen, dass er noch nicht am Ende ist. Die gefährlichste Phase einer Präsidentschaft ist nicht immer ihr Aufstieg. Manchmal ist es ihr Niedergang.

Im Inland hat die Tragödie von zwei Jahren gebrochener Versprechen mit einem unmissverständlichen Urteil geendet. Nun beginnt die Farce: Überläufer in letzter Minute, boshafte Vetos, Ermittlungen und Manöver um die Nachfolge. Es wäre naiv, dies als harmlos anzusehen. Hinter den Kulissen einer politischen Farce werden oft Krieg und Frieden entschieden, und der Vorhang ist für die Trump-Präsidentschaft noch nicht gefallen.